

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

„Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“

Nils KÖHLER

**Im Mai 2015 verfasst für und erschienen in:
Corine Defrance, Ulrich Pfeil (Hg.), Verständigung und
Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“? Deutschland in
Europa nach 1945, Bruxelles 2016, S. 425-442.**

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. ist eine humanitäre Organisation. Er widmet sich im Auftrag der Bundesregierung seit 1952 der Aufgabe, die Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu erfassen, zu erhalten und zu pflegen. Im Inland sind die Kommunen in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Ländern für die Pflege der Gräber verantwortlich, hier ist der Volksbund vielfach beratend tätig.

1. Die Arbeit des Volksbundes seit 1919

Ein Jahr nach dem Ersten Weltkrieg wurde am 16. Dezember 1919 der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gegründet¹.

¹ Die Geschichte des Volksbundes ist bis heute nicht hinreichend wissenschaftlich bearbeitet worden. Der Bundesvorstand des Volksbundes vergab im Februar 2015 nach einer öffentlichen Ausschreibung einen Forschungsauftrag an eine Forschungsgemeinschaft um den Historiker Manfred Hettling von der Universität Halle-Wittenberg, die bis 2018 eine unabhängige wissenschaftliche Darstellung erarbeiten soll.

Millionen deutscher Soldaten waren auf den vielen Schlachtfeldern in West und Ost gefallen. Deutschland lag wirtschaftlich und politisch am Boden. Die Gewissheiten der Vorkriegszeit standen in Frage. Einen gesellschaftlichen Konsens zu den Perspektiven für Deutschland gab es nicht. Fast alles war umstritten. Eines aber verband die Menschen: Die Kriegstoten, die Frage nach den Gräbern der gefallenen Söhne, Männer und Kameraden. So ist es nicht erstaunlich, dass die Gründung des Volksbundes aus der Gesellschaft heraus geschah. Die junge Weimarer Republik schien nicht in der Lage, diese Aufgabe wahrzunehmen, die Millionen von Familien betraf und bewegte.

Abb. 1



Deutscher Soldatenfriedhof Tallinn-Maarjamäe,
vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gestaltet und am 12.9.1998 eingeweiht
(Sammlung Ulrich Pfeil)

Die Grundlage für den Schutz der Kriegsgräber war nach dem Ersten Weltkrieg der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919, der in den Artikeln 225 und 226 festlegte, die Gräber in den betreffenden Ländern, auch die von Kriegs- und Zivilgefangenen, zu achten und zu unterhalten.

Wenige Monate später, am 16. Dezember 1919, wurde der Volksbund als gemeinnützige Organisation gegründet, um sich um

die Gräber der Gefallenen zu kümmern. Dieser Aufgabe widmete sich fortan der Volksbund, der sich als eine vom ganzen Volk getragene Bürgerinitiative verstand. Dies implizierte von Beginn auch interne Auseinandersetzungen um die konkrete und symbolische Bedeutung der deutschen Kriegsgräber. Das Beispiel des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, der zwei Söhne im Ersten Weltkrieg verloren hatte, verdeutlicht dabei, dass das Engagement für den Volksbund ein parteiübergreifendes Anliegen und nicht auf das rechte politische Lager beschränkt blieb.

Charakteristisch für das Gedenken war nach 1918 die Überhöhung des Soldatentodes, doch lassen sich hierbei durchaus unterschiedliche Ausprägungen in den verschiedenen politischen Lagern feststellen. Die 1,8 Millionen deutschen Kriegstoten des Ersten Weltkrieges blieben in der zeitgenössischen Deutung Helden, die ihr Leben geopfert hatten für das Vaterland, für Deutschland². Diese Form des Gedenkens spiegelt sich auch in den vom Volksbund bis Anfang der 1930er Jahre gebauten Kriegsgräberstätten.

Auch wenn sich aus dem heroischen Gedenken nach 1933 zahlreiche Anknüpfungspunkte für das NS-Regime ergaben und sich die Führung des Volksbundes nach der „Machtergreifung“ bereitwillig der Gleichschaltungspolitik der neuen Machthaber unterwarf, so wurde die Organisation während des „Dritten Reiches“ doch eher in den Hintergrund gerückt, wie sich vor allem während des Zweiten Weltkrieges zeigte, als der Gräberdienst der Wehrmacht die Errichtung von Soldatenfriedhöfen übernahm. Nichtsdestotrotz konnte auch der Volksbund seine Aktivitäten ausbauen und profitierte durchaus von der Betonung des „Heldengedenkens“. Die Zahl der Mitglieder stieg von 1933 bis Ende 1936 von 116 000 auf 295 000. Darüber hinaus waren inzwischen etwa die Hälfte der deutschen Gemeinden korporative Mitglieder des Volksbundes³.

² Vgl. Manfred HETTLING, Jörg ECHTERNKAMP, Heroisierung und Opferstilisierung, Grundelemente des Gefallenengedenkens von 1813 bis heute, in: DIES. (Hg.), Gefallenengedenken im globalen Vergleich. Nationale Tradition, politische Legitimation und Individualisierung der Erinnerung, München 2012, S. 136-140.

³ Vgl. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.), Dienst am Menschen – Dienst am Frieden, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. 1919-2009, Kassel 2009, S. 45.

Materiellen und symbolischen Ausdruck fand das „Heldengedenken“ insbesondere auf den seit den 1920er Jahren vom Volksbund angelegten deutschen Soldatenfriedhöfen. Verantwortlich für die Bauten zeichnete vor allem der Chefarchitekt des Volksbundes Robert Tischler (1885-1959). Ab 1926 leitete er drei Jahrzehnte lang, über drei politische Systeme hinweg, die Bauprojekte des Volksbundes. Ende der 1920er Jahre entwickelte Tischler das Konzept der „Totenburgen“. Die während der NS-Zeit umgesetzten Monumentalbauten Bitoli in Mazedonien und Pordoi sowie Quero in Italien sind nur drei Beispiele für die Ideologie der Heimerde in der Fremde, des deutschen Außenpostens im einstigen Feindesland⁴. Das vordergründig eingeschränkte Tätigkeitsfeld des Volksbundes ermöglichte es dem Verband hier, weit über seine Aufgaben hinaus, exponierte „Memorialarchitektur“ zu verwirklichen.

2. Wiederaufbau und Neuausrichtung des Volksbundes nach 1945

Nachdem der Volksbund 1945 aufgelöst worden war, wurde ein Jahr später in Oldenburg eine provisorische Geschäftsstelle eingerichtet, um den Wiederaufbau der Organisation vorzubereiten. Auf Antrag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern wurde der Volksbund am 4. September 1947 wieder zugelassen und konnte seine humanitäre Tätigkeit der Bergung von Kriegstoten und der Gestaltung würdiger Grablagen wieder aufnehmen. In kurzer Zeit gelang es, über 400 Kriegsgräberstätten in Deutschland anzulegen. Seit Mai 1951 befindet sich die Bundesgeschäftsstelle des föderal organisierten Volksbundes in Kassel.

Für die deutschen Kriegsgräber im Ausland sind die Bestimmungen der Genfer Konventionen von 1949 und die seitdem Zweiten Weltkrieg abgeschlossenen bilateralen Kriegsgräberabkommen bzw. Verbalnoten bis heute maßgebend. Herrichtung, Pflege, Erhaltung und Schutz der Kriegsgräberstätten, verbunden mit der Gewährung eines dauernden Ruheortes für die Kriegstoten, bilden die Eckpunkte der Kriegsgräberabkommen, in

⁴ Vgl. Christian FUHRMEISTER, Die „unsterbliche Landschaft“, der Raum des Reiches und die Toten der Nation. Die Totenburgen Bitoli (1936) und Quero (1939) als strategische Memorialarchitektur, in: Kritische Berichte. Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaft 2/2001, S. 56-70.

denen der Volksbund mit der Durchführung der sich hieraus ergebenden Aufgaben beauftragt ist. Das dauernde Ruherecht erstreckte sich zunächst auf die Kriegstoten des Ersten Weltkrieges, wie sie ein Reichsgesetz vom 29. Dezember 1923 definierte. Das zuletzt 2013 novellierte Gräbergesetz aus dem Jahr 1952 führt weitere Personengruppen auf, deren Gräber als Kriegstote dauernd zu erhalten sind. Dies sind nicht nur die Soldaten und Personen, die im Rahmen ihres „militärähnlichen Dienstes“ ihr Leben verloren, sondern auch durch Kriegseinwirkungen, während der Flucht oder Vertreibung umgekommene Zivilisten, ferner Kriegsgefangene. Der Zeitraum wurde über die Dauer des Zweiten Weltkrieges hinaus bis zum 31. März 1952 erweitert. Für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft gilt das Gräbergesetz für den gesamten Zeitraum seit dem 30. Januar 1933, ferner für Kriegsgefangene und Internierte anderer Nationen in deutschen Lagern und die Opfer kommunistischer Lager bis 1952. Nach einem deutsch-französischen Notenwechsel vom 19. Juli 1966 gingen auch die bis dahin durch Friedensvertrag und Gesetze geschützten Gräber von über 21 500 deutschen Toten des Krieges 1870/71 in 552 französischen Gemeinden in die Betreuung des Volksbundes über⁵.

1954 beauftragte die Bundesregierung den Volksbund offiziell mit der Aufgabe, die deutschen Soldatengräber im Ausland zu suchen, zu sichern und zu pflegen. Diese Zuständigkeit für die Kriegsgräberfürsorge ist mithin in der Bundesrepublik Deutschland grundlegend anders geregelt als etwa in Frankreich oder Großbritannien, wo die staatliche Aufgabe der Kriegsgräberpflege Ministerien und staatlichen Institutionen zugeordnet ist.

Zu den frühen grenzüberschreitenden Aktivitäten gehörten die Initiativen des späteren Jesuitenpaters Theobald Rieth, der bereits als Student die erste internationale Jugendbegegnung auf einer deutschen Kriegsgräberstätte nach dem Zweiten Weltkrieg im flämischen Lommel organisierte. Im Sommer 1953 arbeiteten 200 junge Männer aus Deutschland und Belgien gemeinsam in Lommel, mitorganisiert vom Volksbund und seinem damaligen Jugendreferenten Hans Soltau. Im Juli 1954 kamen 438 junge

⁵ Versailler Vertrag vom 28.6.1919, Art. 225 und 226, Reichsgesetzblatt I vom 9.1.1923, S. 25; Gräbergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Januar 2012 (BGBl. I S. 98), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) geändert worden ist; Satzung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. vom 24.10.2008.

Männer aus 13 Ländern mit Rieth acht Tage lang auf den Gräbern in Lommel zusammen, gestalteten die Anlage und legten Wege an. Die zweite Säule dieser Jugendbegegnung bildete im Anschluss ein umfangreiches Bildungsprogramm mit Besuchen in Antwerpen, Brüssel, Köln und Bonn sowie einem Treffen mit Bundespräsident Theodor Heuss. Die internationale Begegnung junger Menschen an den Ruhestätten der Kriegstoten ist seit 1953 unter dem Leitsatz „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“ das zentrale Motiv der Volksbund-Jugendarbeit auf seinen Kriegsgräberstätten in ganz Europa.

Ab 1990 nahm der Volksbund seine Arbeit auch in den Staaten des einstigen Ostblocks auf, wo im Zweiten Weltkrieg etwa drei Millionen deutsche Soldaten ums Leben gekommen waren, d.h. mehr als doppelt so viele, wie auf den Kriegsgräberstätten im Westen ruhen. Diese Aufgabe stellte den Volksbund vor immense Schwierigkeiten: Viele der über hunderttausend Grablagen sind nur schwer auffindbar, zerstört, überbaut oder geplündert. Ab 1991 richtete der Volksbund daher 330 Friedhöfe des Zweiten Weltkrieges und 188 Anlagen aus dem Ersten Weltkrieg in Ost-, Mittel- und Südosteuropa wieder her oder legte sie neu an. 796 053 Kriegstote wurden in diesen Ländern bis Ende 2014 auf 82 Kriegsgräberstätten umgebettet. Um die Gräber dauerhaft zu erhalten, war und ist es notwendig, die vielen kleinen Grablagen, vor allem des Zweiten Weltkrieges, aufzulösen und auf zentrale Kriegsgräberstätten umzubetten. Während es vor allem auf den deutschen Kriegsgräberstätten in Westeuropa üblich war, Einzelgrabkreuze bzw. Namentafeln zu verwenden, wurde aufgrund der ungleich höheren Zahl von Gräbern in Polen, der Russischen Föderation, Weißrussland sowie anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion steinerne Stelen, die die Namen der dort ruhenden Soldaten und Zivilisten aufführt und das Namenbuch als Elemente gewählt. Auf den Gräberfeldern selbst befinden sich Einzelgräber, diese sind aber nicht kenntlich gemacht, sondern durch Symbolkreuzgruppen auf Rasenflächen gestaltet. Im Sommer 2013 wurde mit der Kriegsgräberstätte Duchowschtschina im Smolensker Gebiet der Bau des letzten neuen Sammelfriedhofes in Russland abgeschlossen.

Im Rahmen von bilateralen Vereinbarungen arbeitet der Volksbund heute in Europa und Nordafrika. In seiner Obhut befinden sich 832 Kriegsgräberstätten in 45 Staaten mit etwa

2,6 Millionen Kriegstoten. Mehrere tausend ehrenamtliche und fast 600 hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erfüllen gegenwärtig die vielfältigen Aufgaben der Organisation. Dass die Arbeit des Volksbundes nichts von ihrer Aktualität verloren hat, bezeugen die über 45 000 Anfragen von Angehörigen zu Grablagen und Umbettungen allein im Jahr 2014. Im selben Jahr konnte der Volksbund in 16 Ländern 32 900 Kriegstote bergen, über 20 000 Umbettungsprotokolle wurden bearbeitet und nach sieben Jahrzehnten noch zahlreiche Kriegsschicksale geklärt und Angehörige informiert.

Heute hat der Volksbund noch gut 100 000 Mitglieder und knapp 400 000 aktive Förderer sowie Gelegenheitsspenden. Mit ihren Beiträgen und Spenden, mit Einnahmen aus Erbschaften und Vermächtnissen sowie den Erträgen aus der jährlichen Haus- und Straßensammlung finanziert der Volksbund zu mehr als 70 Prozent seine Arbeit. Den Rest decken öffentliche Mittel des Bundes und der Länder.

3. Die Versöhnungs- und Friedensarbeit des Volksbundes

Mit der Anlage und Erhaltung der Friedhöfe bewahrt der Volksbund das Gedenken an die Kriegstoten. Hiermit erfüllt er zugleich die im Gräbergesetz in Paragraph 1, Absatz 1 definierte Aufgabe: „Dieses Gesetz dient dazu, der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in besonderer Weise zu gedenken und für zukünftige Generationen die Erinnerung daran wach zu halten, welche schrecklichen Folgen Krieg und Gewaltherrschaft haben“⁶.

Die riesigen Gräberfelder konfrontieren den Besucher auf nachdrückliche Art mit den Folgen von Krieg und Gewalt. Doch dies impliziert die Frage, wer über 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges überhaupt noch ein Interesse an den Gräbern der Kriegstoten hat und diese Orte überhaupt besucht.

Waren jahrzehntelang Angehörige die zentrale Besuchergruppe, so geraten die Friedhöfe immer mehr in den Fokus touristischen Interesses. Heutige Besucher stellen andere Fragen, so dass der Volksbund sein Ausstellungswesen auf den Kriegsgräberstätten

⁶ Gräbergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.1.2012 (BGBl. I S. 98).

gegenwärtig neu definiert. Die Kontextualisierung der jeweiligen Kriegsgräberstätten ist in Ausstellungen ebenso zu leisten wie das Spektrum der dort ruhenden Menschen darzustellen. Exemplarische Einzelbiografien ermöglichen die gebotene Differenzierung und Einordnung. Es werden Menschen vorgestellt, mit ihren jeweiligen Vorstellungen, Zielen und Gefühlen, auch mit ihren Konflikten, den inneren wie den äußeren. Und diese gilt es kennen zu lernen und besser zu verstehen.

Diese Fragestellung ist übrigens nicht neu, sie bewegt den Volksbund seit den 1960er Jahren. In seinen Publikationen wies er immer wieder auf die Bedeutung der Kriegsgräber hin und sorgte sich – mit wachsender Distanz zum Ersten Weltkrieg – um die Sinnggebung der Gräber in der Zeit nach dem Ableben der Erlebnisgeneration und der Angehörigen. Bereits wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg traten in der Ausrichtung des Volksbundes zwei Motive nebeneinander: Einerseits der Wunsch der Angehörigen nach einem Grab und der Bewahrung des Gedenkens an die deutschen Kriegstoten. Andererseits taugten die deutschen Soldatengräber des Zweiten Weltkrieges im Ausland nicht zur Heldenverehrung. Im Gegenteil, angesichts der Dimension der von Deutschen begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit konnte eine weitere Sinnggebung nur ausgehen von dem Willen zur Versöhnung. Dieser musste gerade im Kontext mit den Friedhöfen im Ausland artikuliert werden, denn viele dort ruhende Personen hatten auch persönlich Schuld auf sich geladen, die Gräber empfanden nicht wenige Bewohner der Umgebung als Zumutung. Doch es ist vielen Aktivisten im Volksbund nicht abzusprechen, dass im Angesicht des als „sinnlos“ empfundenen Todes eine Abkehr aus Überzeugung von jeglicher Art der Heldenverehrung hin zu einer Friedensbotschaft als Konsequenz des Scheiterns ganzer Generationen an der lebenserhaltenden Herausforderung „Frieden“ erfolgte. Die Mahnung zum Frieden wurde jedoch mitunter allzu leichtfertig begründet mit dem in den 1950er Jahren durchaus verbreiteten und verkürzten Deutung, der gefallenen Soldaten als „Opfer“⁷.

⁷ Vgl. Jörn ECHTERNKAMP, Kein stilles Gedenken. Die Toten der Wehrmacht im Erinnerungskonflikt der Bundesrepublik, in: Manfred HETTLING, Jörn ECHTERNKAMP (Hg.), Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik, Göttingen 2008, S. 46-57.

Doch welche Konsequenzen zog der Volksbund daraus, dass offensichtlich eine gesellschaftliche Relevanz der Kriegsgräber für ihren Bestand über die Generation der direkten Angehörigen hinaus als notwendig erachtet wurde? Immer wieder gab es Bemühungen, das von den Kriegsüberlebenden geprägte Gedenken zu modernisieren, jüngere Generationen für das Thema zu interessieren. Die Jugendarbeit des Volksbundes war durchaus erfolgreich, doch mit der Verortung in der sich rasch wandelnden Erinnerungskultur der Bundesrepublik tat sich der heterogene Verein recht schwer. Der Rückblick auf die sieben Nachkriegsjahrzehnte zeigt, dass er durchaus mehrere Modernisierungsschübe erlebte. Die starke Fokussierung auf die Soldatengräber, die das Bild des Volksbundes in der Öffentlichkeit bis heute dominiert, fand ihr formales Ende bereits 1969. Der Bundesvertretertag des Volksbundes übernahm im sogenannten Berliner Manifest die bundesrepublikanische Gedenkformel des Gräbergesetzes von 1965, die das „Gedenken an alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft betonte“. Die Lektüre der Vereinszeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ der Jahre 1968 bis 1971 verdeutlicht, dass gesellschaftliche Diskurse in Hinblick auf den Nationalsozialismus nachvollzogen wurden. Die zunächst praktizierte Abkoppelung des Soldatengedenkens von den Verbrechen des Vernichtungskrieges war seit Anfang der 1960er Jahre eben nicht mehr gesellschaftlicher Konsens. Der Volksbund lavierte aber weiterhin bei der Terminologie. Dies ist nachvollziehbar angesichts der Struktur seiner Mitglieder und Förderer.

Man vermied es, sich konkret abzugrenzen, distanzierte sich vornehmlich allgemein von den NS-Verbrechen, ohne aber daraus Konsequenzen zu ziehen und sich eine Position zum Umgang mit „Tätern“ zu erarbeiten. Die 1970er und 1980er Jahre waren geprägt von der immer breiteren öffentlichen Wahrnehmung verschiedener Opfergruppen. Der Volksbund strebte nicht danach, sich in den erinnerungspolitischen Diskursen zu verorten oder zu positionieren. Die humanitäre Aufgabe wurde betont und auch von Seiten der wechselnden Bundesregierungen nie in Frage gestellt. Der Verein geriet dabei mehr und mehr aus dem Fokus der Öffentlichkeit, blieb Interessenvertretung und „Dienstleister“ der Angehörigen in Bezug auf Schicksalsklärung und den Erhalt der Gräber. Bei Gedenkveranstaltungen auf den Kriegsgräberstätten im Ausland

suchte man gezielt den Kontakt zu den Vertretern der dortigen Kommunen. Der Volksbund organisierte über die Jahre zahllose Angehörigenreisen zu den Kriegsgräberstätten, bei denen Begegnungen mit der einheimischen Bevölkerung immer wieder organisiert wurden. Fraglos haben diese persönlichen Kontakte gerade im deutsch-französischen Kontext ihren Beitrag geleistet, um tiefe Gräben zu überwinden. Eine Vielzahl von Jugendbegegnungen und gemeinsamen Arbeitseinsätzen der Bundeswehr mit Soldaten anderer Nationen auf Kriegsgräberstätten war dabei unverändert integraler Bestandteil der Volksbund-Arbeit. Die „Versöhnung über den Gräbern“ wurde durchaus konkret und engagiert praktiziert, doch Unschärfen in der Herangehensweise traten angesichts einer nicht hinreichend praktizierten Bildungsarbeit bei den Sommer für Sommer stattfindenden „Jugendlagern“ immer augenfälliger zu Tage. Anfang der 1990er Jahre erfolgte durch die Stärkung hauptamtlicher Strukturen in diesem Bereich Schritt für Schritt eine Professionalisierung der historisch-politischen Bildungsangebote, die seither wesentlicher Bestandteil der Jugendarbeit sind.

Mit der geschichtlichen Entfernung zu den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges kommt den Kriegsgräberstätten, die vom Volksbund betreut und unterhalten werden, zunehmend eine neue Bedeutung zu: Sie werden von Orten der individuellen Trauer zu Orten des Lernens. Kriegsgräber zählen zu den seltenen Orten, an denen die Ereignisse der Geschichte und ihre Auswirkungen auf das individuelle Schicksal zugleich gegenwärtig sind.

Für Schüler und Jugendgruppen bietet der Volksbund ein speziell abgestimmtes Programm an. Das pädagogische Anliegen ist die individuelle Bezugnahme auf den Ort selbst, seine historische Bedeutung und die Biografien der dort ruhenden Menschen. Mit der Jugendarbeit verbindet der Volksbund das Ziel, junge Menschen an die Kriegsgräber zu führen und sie für die Folgen von Krieg und Gewalt zu sensibilisieren. Der Volksbund ist dabei anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und betreibt als einziger Kriegsgräberdienst der Welt eine eigene schulische und außerschulische Jugendarbeit sowie eigene Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten.

Die Bildungsarbeit geschieht in der Regel über einen biografischen Zugang. Exemplarische Biografien der Menschen, die auf diesem Friedhof liegen, werden er- und mit Hilfe der narrativen Integration bearbeitet. Dazu gehört nicht nur das Arbeiten mit den

wissenschaftlich abgesicherten Fakten, sondern in einem zweiten Schritt auch die Darstellung einer solchen Biografie in kreativer Form – in einem Essay, einem Film oder szenischem Spiel beispielsweise.

Hinter der Didaktik der narrativen Integration steht die Absicht, den Jugendlichen zu ermöglichen, nachhaltig zu lernen und zu verstehen und sich als in die Geschichte eingebundene Persönlichkeiten zu begreifen. Voraussetzung hierfür ist, dass die jungen Menschen ihre eigenen Lebenserfahrungen und Wertsetzungen einbringen. Doch wie kann man junge Menschen dazu bringen, dies zu tun, und zwar in Bezug auf eine Geschichte, die für sie weit entfernt ist? Ferner durch die Beschäftigung mit Menschen, die sie nie gekannt haben und mit denen sie sich zunächst auch nicht unbedingt auseinander setzen wollen, sind es doch zum größten Teil deutsche Soldaten und damit eine Gruppe von Menschen, die man zunächst einmal als „Täter“ verortet? Die Jugendlichen sollen für das historische Lernen sensibilisiert und begeistert werden. Die Aussicht, sich auf ganz andere Weise mit der Geschichte auseinanderzusetzen, Kenntnisse über kreatives Arbeiten zu erwerben und dabei ein Ergebnis entstehen zu lassen, welches sie als ihres erkennen und welches ästhetischen und gestalterischen Ansprüchen genügt, erhöht die Motivation der Schüler, dies zeigt die Bildungsarbeit des Volksbundes.

Die Pflege von Kriegsgräber- und Gedenkstätten ist gleichzeitig Ausgangspunkt und Ziel internationaler Jugendbegegnungen. Hier geht es um Friedensbildung, um die Bildung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins mit europäischem, interkulturellem und zunehmend auch globalem Horizont. Durch Begegnungen mit den Menschen des Gastgeberlandes wird erlebt, welche Erfahrungen die Menschen in dieser Landschaft während des Krieges konkret machen mussten. Zugleich werden Aktualitäts- und Gegenwartbezüge in den Projekten hergestellt. Es soll Raum geschaffen werden zur Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und der des Nachbarlandes. Die Anonymität der abstrakten Zahlen wird durch die Arbeit an konkreten Einzelbiografien aufgebrochen. Ein zentrales Ziel des Volksbundes ist es, der Vereinnahmung und damit dem politischen Missbrauch von Kriegstoten für extremistisches Denken und Handeln entgegen zu treten.

In Lommel entstand 1993 die erste der internationalen Jugendbegegnungsstätten des Volksbundes. Heute hat der Verein vier Bildungs- und Begegnungsstätten, neben Lommel (Belgien) auch in Ysselsteyn (Niederlande), Niederbronn (Frankreich) und auf dem Golm / Insel Usedom. Am Rande der Kriegsgräberstätte Halbe bei Berlin befindet sich eine weitere Einrichtung im Aufbau. Zusätzlich finden jährlich ca. 60 Workcamps mit Jugendlichen in verschiedenen Ländern Europas statt. So erreicht der Volksbund mit seiner Arbeit fast 20 000 Jugendliche im Jahr.

In den Landesverbänden des Volksbundes gibt es durch hauptamtliche Referenten eine vielfältige Arbeit mit Schülern und Jugendlichen auch im Inland. So werden auch die Kriegsgräberstätten in Deutschland, die nicht in der Trägerschaft des Volksbundes liegen, zu Orten der Auseinandersetzung mit unserer schwierigen Geschichte. So konnten sich seit 1953 504 000 junge Menschen aus aller Welt treffen, sich mit den Kriegserfahrungen ihrer Völker auseinandersetzen und so zu einem Faktor von Verständigung und Versöhnung werden.

4. Deutsche Kriegsgräberstätten – auch heute schwierige Gedenkorte

Deutsche Kriegsgräber sind eine schwierige Materie. Ob im In- oder im Ausland, bis heute fällt der Umgang damit schwer. Bundeskanzler Helmut Kohl ist heftig dafür kritisiert worden, dass er am Nachmittag des 5. Mai 1985 nach dem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen für seine Geste der Versöhnung mit US-Präsident Ronald Reagan zum 40. Jahrestag des Kriegsendes die Kriegsgräberstätte Bitburg-Kolmerhöhe auswählte⁸. Auf diesem Friedhof ruhen neben wenigen zivilen Kriegsopfern knapp 2000 Soldaten der Wehrmacht, aber auch rund 50 Angehörige der Waffen-SS. Hieran entzündete sich die Kritik. Festzustellen bleibt aber: Auf welcher deutschen Kriegsgräberstätte können wir sicher sein, dass dies nicht der Fall ist? Dort sind Soldaten und Zivilisten aller Schichten und Geistesrichtungen beerdigt, überzeugte Nationalsozialisten wie ihre Gegner, Menschen, die mit Begeisterung oder widerwillig in den Krieg zogen. Viele waren jung und hatten keine Wahl. Dort liegen Menschen, die schlimmste Verbrechen

⁸ Vgl. den Beitrag von Pia NORDBLOM in diesem Band.

begangen haben – und ebenso jene, die sich weigerten und dann Opfer der Wehrmachtsjustiz wurden. Wie der Einzelne sich im Krieg jeweils konkret verhalten hat, wissen wir oft nicht. So bleiben die Kriegsgräber auch heute noch eine permanente Herausforderung, denn für die Politik notwendige gesellschaftliche Diskurse haben hierzu offensichtlich noch immer nicht in ausreichender Weise stattgefunden.

Deutlich wurde dies auch am 6. Juni 2014, als über 20 Staats- und Regierungschefs den Opfern der alliierten Landung in der Normandie gedachten und den „Sieg der Freiheit über die Unterdrückung“ zelebrierten. In La Cambe, einem von sechs Friedhöfen, die der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in der Normandie errichtet hat, sind über 21 000 deutsche Gefallene des Zweiten Weltkrieges bestattet. Der Präsident des Volksbundes, Markus Meckel, lud zur dortigen Gedenkstunde des Volksbundes am 8. Juni 2014 auch Bundeskanzlerin Angela Merkel ein. Sie verzichtete auf eine Teilnahme, ebenso wie es zehn Jahre zuvor ihr Amtsvorgänger Gerhard Schröder getan hatte. Stattdessen wählte sie für ein kurzes Gedenken an deutschen Gräbern – ebenfalls wie 2004 Gerhard Schröder – den kleinen britischen Soldatenfriedhof in Ranville bei Caen aus und legte dort begleitet vom französischen Außenminister Laurent Fabius einen Kranz nieder. Dort sind auch mehr als 300 deutsche Soldaten bestattet.

Der Hintergrund dieser Entscheidung liegt offenbar begründet in der in La Cambe sehr offen zu Tage tretenden Problematik deutscher Soldatenfriedhöfe des Zweiten Weltkrieges. In La Cambe befindet sich auch das Grab von Adolf Diekmann, der im Juni 1944 als SS-Sturmbannführer das 1. Bataillon des zur 2. SS-Panzer-Division „Das Reich“ gehörenden Panzergrenadier-Regiments „Der Führer“ kommandierte. Der damals 29jährige Diekmann befahl in dieser Funktion u.a. am 10. Juni 1944 die Ermordung der Bewohner des Dorfes Oradour-sur-Glane. 642 Menschen, darunter 207 Kinder und 254 Frauen wurden ermordet⁹. Adolf Diekmann selbst starb am 29. Juni bei einem Gefecht in der Normandie. Sein Grab befindet sich noch heute in La Cambe, ebenso wie das weiterer an dem Massaker von Oradour beteiligter Männer.

Nur in wenigen Fällen sind Kriegsverbrecher so eindeutig zu identifizieren. Individuelle Schuld ist in den meisten Fällen nicht

⁹ Vgl. den Beitrag von Andrea ERKENBRECHER in diesem Band.

nachzuvollziehen. Die Zugehörigkeit zu belasteten Einheiten und Verbänden wiederum ist noch kein Beleg für die Verstrickung des Einzelnen in Kriegsverbrechen. Gleichwohl ist diese Dimension angesichts der Vielzahl deutscher Kriegsverbrechen immer mitzudenken, auf jedem deutschen Soldatenfriedhof in ganz Europa. Im Übrigen wurde wenige Monate nach dem Besuch Angela Merkels festgestellt: Auch wenn dort auf den Grabsteinen keine Dienstgrade ausgewiesen sind und die Problematik nicht augenfällig wird: auch unter den deutschen Kriegstoten in Ranville befinden sich SS-Angehörige.

Die deutsche Erinnerungs- und Gedenkkultur ist durchaus intensiv, bis heute aber noch sehr aufgespalten und wenig integrativ. Ausgeblendet bleibt dabei bisweilen jedoch das Gedenken an die in beiden Weltkriegen gefallenen Soldaten. Ihre tief gehenden Erfahrungen und die Folgen bis in fast jede Familie hinein treten im öffentlichen Gedenken oft hinter die Diktaturerfahrungen und den Holocaust zurück. Der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen des Volksbundes, der ehemalige Kultusminister und Präsident des Landtages Rolf Wernstedt, stellte 2009 fest:

„Aus der Erinnerungsarbeit an die Opfer des NS-Regimes kommend und seit einigen Jahren im Volksbund engagiert, fällt mir auf, wie wenig einerseits diejenigen, die sich um die [...] Opfer kümmern bzw. sich ihnen verbunden fühlen oder betroffen sind, sich mit der Erinnerung an die Soldaten beschäftigen, und wie wenig andererseits im Volksbund grundsätzlich und mit dem Willen zur historischen, politischen und ethischen Klarheit und Einordnung des Kriegsgeschehens gedacht wird“¹⁰.

Die gegenwärtige deutsche Gedenkkultur fokussiert sich bei aller Zersplitterung auf zwei wesentliche Säulen: auf das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus einerseits und andererseits auf die Opfer von Stalinismus, SBZ- und DDR-Diktatur. Die dritte Säule, die in allen anderen europäischen Ländern eine wesentliche Rolle spielt, fehlt nahezu ganz: das Gedenken an die Kriegstoten.

Der Volkstrauertag, der seit 1952 jedes Jahr im November zwei Sonntage vor dem Ersten Advent mit einer vom Volksbund organisierten zentralen Gedenkstunde im Bundestag und vielen weiteren Veranstaltungen in den Bundesländern begangen wird, ist der Tag des Gedenkens an die Kriegstoten und der Mahnung zum

¹⁰ Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.), Deutsche Erinnerungskulturen seit 1945, Volksbund-Forum 2, Kassel 2010, S. 51.

Frieden. Doch dieser Tag erfährt heute in der öffentlichen Wahrnehmung ebenso wenig Berücksichtigung wie die deutschen Soldatenfriedhöfe und die vielen Kriegsgräber, die es in fast jeder deutschen Gemeinde gibt¹¹.

Waren Kriegsgräberstätten lange Zeit vor allem ein Ort zunächst noch der kollektiven, dann der privaten Trauer der Angehörigen der Soldaten, sind sie heute – im Vergleich mit anderen Gedenkort – fast vergessen. Selbst die Debatten, die es früher angesichts von unreflektierten „ehrevollen“ Trauerbekundungen auf Kriegsgräberstätten gegeben hat, finden kaum mehr statt. Mehr oder weniger hilflos hantieren heute offizielle Redner bei Volkstrauertagsveranstaltungen auf kommunaler Ebene mit Begriffen wie „Opfer“ und „Ehre“¹². In der Tat sind aber Unsicherheit und Unbehagen im Zusammenhang mit der Erinnerung an die toten Soldaten beider Weltkriege und im Umgang mit ihren Gräbern bis in die Bundespolitik festzustellen. Weder die publizistische Öffentlichkeit noch die Politik wissen, so scheint es, wie sie sich zu den Soldatengräbern verhalten sollen.

Es ist nicht einfach, eine Antwort auf die Frage zu geben, wie wir uns an die toten Soldaten des Ersten Weltkriegs angemessen erinnern können. Noch viel schwieriger wird es, wenn wir mit der Erinnerung an die gefallenen Soldaten der Wehrmacht und von SS-Einheiten konfrontiert werden. Wie gehen wir damit um, dass Soldaten zwar zu Opfern eines mörderischen Krieges werden konnten, aber gleichzeitig auch zu Tätern als Soldaten eines Angriffs- und Vernichtungskrieges? Wie gehen wir mit den Gräbern um, in denen Kriegsverbrecher liegen? Wie bewerten wir die Gräber der Soldaten, von denen wir nicht viel mehr als ihren Namen kennen und daher nicht wissen, wie sie sich während des Krieges verhalten haben?

Kriegsgräberstätten sind Orte, die an Täter und Opfer erinnern – und auf die vielen Schattierungen hindeuten, die es zwischen diesen beiden Kategorien gibt. Sie sind deswegen geeignete Ausgangspunkte, um sich mit der europäischen Geschichte, mit deutscher Schuld, mit dem Leid der Opfer und mit der

¹¹ Zur Geschichte des Volkstrauertages: Alexandra KAISER, *Von Helden und Opfern. Eine Geschichte des Volkstrauertages*, Frankfurt/M. 2010.

¹² Vgl. Jörg KOCH, *Von Helden und Opfern. Kulturgeschichte des deutschen Kriegsgedenkens*, Darmstadt 2013, S. 160f.

Verantwortung von uns Nachgeborenen zu beschäftigen. Zugleich werfen sie noch viele weitere Fragen auf: Oft liegen auf den Friedhöfen nicht nur Soldaten, sondern auch Zivilisten aus den umliegenden Dörfern und Städten, Flüchtlinge und Vertriebene, aber auch Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Dazu kommen auf einigen Kriegsgräberstätten noch Opfer der sowjetischen Besatzung.

Die Unsicherheit der Politik und der Gesellschaft gegenüber dem Umgang mit deutschen Soldaten beider Weltkriege und auch den zivilen deutschen Kriegstoten ist gerade im Gedenkjahr 2014 zu Tage getreten. Im Unterschied zu den meisten Nachbarländern fühlten sich die politischen Entscheidungsträger in der Bundesrepublik anfänglich von den Feierlichkeiten aus Anlass des 100. Jahrestages des Ersten Weltkrieges nicht angesprochen. Dies stand jedoch in einem seltsamen Kontrast zu dem auch in Deutschland wieder erwachten Interesse an den Ereignissen des Jahres 1914, wie sich an der zahlreichen Museumsausstellungen, Publikationen, Vorträgen und Tagungen ablesen ließ¹³.

Diese komplexe Erinnerungslandschaft ist auch für den Volksbund eine permanente Herausforderung. Nachdem er sich über einen langen Zeitraum hinweg nicht als gedenkkultureller Akteur verstand und die Politik die Kriegsgräberstätten „technisch“ beim Volksbund in guten Händen sah, blieb die inhaltliche Bearbeitung des Themas aus bzw. wurde auch nicht eingefordert. Andere Institutionen füllten dieses Thema jedoch auch nicht aus, so dass sich niemand so recht um den Umgang mit der Erinnerung an die Kriegstoten kümmerte. Dies räumte Volksbund-Präsident Reinhard Führer im November 2010 auf einem Symposium in Wiesbaden ein, als er selbstkritisch Bilanz zog:

„Der Volksbund sollte sich nicht damit begnügen, ein landschaftsgärtnerischer Verein zu sein, der die Aufgabe erfüllt, die angelegten Friedhöfe zu pflegen und baulich instand zu halten [...]. Die Erinnerungs- und Gedenkkultur muss neben der

¹³ Vgl. Werner SUPPANZ, Der Erste Weltkrieg. Spuren der Vergangenheit, Repräsentationen der Erinnerung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 11 (2014) 1, S. 77-91; Martin BAYER, Der Erste Weltkrieg in der internationalen Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 64 (2014) 16/17, S. 47-53.

Friedhofspflege und der Friedhofsinstandsetzung die zweite Hauptaufgabe des Volksbundes sein“¹⁴.

Führer richtete verschiedene Arbeitsgruppen ein, um Perspektiven für eine Neuausrichtung des Vereins zu entwickeln. Die Umsetzung dieser Reform leitete dann sein im Oktober 2013 gewählter Nachfolger Markus Meckel ein. Dieser Schritt war überfällig.

5. Gedenken ohne zu verehren

Spätestens seit der Diskussion um die Wehrmachtsausstellung ab Mitte der 1990er Jahre hat sich in der Forschung die These durchgesetzt, dass auch die Wehrmacht nicht „sauber“ geblieben ist¹⁵. Mithin ist eine Bewertung der „Belastung“ von Friedhöfen ausgehend von der Unterscheidung Wehrmacht versus SS nicht zielführend. So ist auch der Volksbund immer wieder mit der Frage konfrontiert, wie mit einem 17jährigen umzugehen ist, der in der Kriegsendphase als Angehöriger der SS fiel und nach heutigen Maßstäben die Kriterien eines Kindersoldaten erfüllt. Zu bedenken ist dabei die Grundregel des Rechtsstaates, dass auch der Straftäter seine Würde als Mensch nicht verliert. Selbst der, der sich schwer schuldig gemacht hat, verdient ein Grab. Auch er hat eine Familie, die um ihn trauert – und sie hat ein Recht darauf.

Eine solche Aussage relativiert nichts, Unrecht und Verbrechen bleiben, was sie sind. Doch ohne es konkret zu wissen, dürfen wir die deutsche Schuld nicht jedem Toten zurechnen. Wo wir es aber wissen, sollten wir offen damit umgehen, uns dem stellen und nichts verstecken. Trauern, Erinnern und „Gedenken ohne zu verehren“ – das sind heute die Herausforderungen und der Anspruch des Volksbundes. Hier bedarf es fortlaufend eines gesellschaftlichen Diskurses darüber, wie ein solches „Gedenken ohne zu verehren“ geschehen kann und welche Formen es dafür gibt oder zu entwickeln gilt. Wie also kann und dies ist eine zentrale

¹⁴ Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.), Was kümmert uns der Krieg von gestern? Perspektivenwechsel im Gedenken an die Toten der Weltkriege, Symposium 25. November 2010, Volksbund-Forum 16, Kassel 2015, S. 17.

¹⁵ Vgl. Hans-Ulrich THAMER, Eine Ausstellung und ihre Folgen. Impulse der „Wehrmachtsausstellung“ für die historische Forschung, in: Ulrich BIELEFELD, Heinz BUDE, Bernd GREINER (Hg.), Gesellschaft – Gewalt – Vertrauen. Jan Philipp Reemtsma zum 60. Geburtstag, Hamburg 2012, S. 489-503.

Fragestellung, der sich der Volksbund stellt, hier ein Gedenken stattfinden, das nicht „verehrt“?

Jedes Gedenken und Erinnern geschieht in der jeweiligen Gegenwart und wird von ihr bestimmt. So muss unser Gedenken auch von den Werten bestimmt sein, wie sie in unserem Grundgesetz und in der Grundwertecharta des Lissaboner Vertrages verankert sind. Gedenken kann nie unpolitisch sein und das Motto des Volksbundes „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“ ist eine bleibende Herausforderung, die die ganze Gesellschaft betrifft.

Fazit

In jedem Land, in dem der Volksbund deutsche Kriegsgräber erhält, sind wir mit anderen Geschichtsbildern und -deutungen konfrontiert. Diese gilt es mit zu integrieren in die Form der Gestaltung der Anlagen und der Gedenkrituale, die sich auch in Denkmälern oder dort buchstäblich in Stein gemeißelten Gedenkformeln manifestieren. Öffentliches Gedenken und Erinnern stehen heute immer in einem internationalen Kontext – die jeweiligen Nachbarn, die zumeist Beteiligte dieser Geschichte waren, nehmen sehr deutlich wahr, wie dies geschieht – und fühlen sich tangiert. So hat selbst das Gedenken nationaler Ereignisse eine europäische Dimension. Aus dieser Erkenntnis heraus werden heute viele Ereignisse unserer Geschichte zu europäischen Erinnerungsorten.

Ausgehend von den Kriegsgräbern widmet sich der Volksbund seit über 60 Jahren der internationalen Begegnung. Diese Erfahrung zeigt, dass eine solche Form der Begegnung, die schwierige Themen nicht ausblendet, sondern die gemeinsamen schmerzvolle Geschichte als Ausgangsbasis für den gemeinsamen Blick auf die Gegenwart und die Perspektiventwicklung für die Zukunft Europas begreift, nicht belanglos und oberflächlich harmonisierend bleibt, sondern nachhaltig zu Verständigung und Versöhnung beitragen kann. So praktiziert kann die Idee der „Versöhnung über den Gräbern“ auch Inhalt und Sinn haben für Generationen, die keinen direkten Bezug mehr zu den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts haben.